

Nicht vergessen!

Sonnabend, 22.

September 2001, 10 bis 16 Uhr

Gesamtmitgliederversammlung CDA Sachsen-Anhalt

- Anträge bis 7. 9. an D. Bednorz
- Ich will kandidieren: Bogen Kurzbiographie ausfüllen und bis 7. 9. an D. Bednorz
- Teilnahme anmelden bei D.

Impressum

Herausgeber:
Landesvorstand der Christlich-
Demokratischen Arbeitnehmerschaft
Sachsen-Anhalt
Hegelstraße 23
39104 Magdeburg
Telefon: (0391)5666860
Fax: (0391)5666867

Zuschriften an:
Stefan Domke
Röpziger Straße 20
06110 Halle
Telefon: (0345) 121 94 27

Mitgliederbrief CDA

3/2001

Landesverband Sachsen-Anhalt

Persönliche Eindrücke von der CDA-Bundestagung

Von Jürgen Scharf, CDA-Landesvorsitzender

Durch den alten Bundestag in Bonn zog ein Geist der Aufbruchstimmung, als die Sozialausschüsse der CDA vom 8. bis 10. Juni 2001 ihre Bundestagung abhielten. Eine ausführliche Berichterstattung wird in der nächsten Sozialen Ordnung erfolgen, so dass hier nur auf einige für Sachsen-Anhalt landesspezifische Aspekte hingewiesen werden soll.

Die Bundestagung stand im Zeichen des Stafettenwechsels vom bisherigen Bundesvorsitzenden Rainer Eppelmann auf den neuen Vorsitzen-

den Hermann Josef Arentz. Arentz Neuwahl wurde begleitet durch eine kämpferische Rede, in der er den Anspruch erhob, dass die CDA als sozialpolitisches Kompetenzzentrum der CDU Gesellschaftspolitik mitgestalten will. Einige in der CDU missverstanden dieses als Kampfansage. Wir als CDA selber sehen uns als das Gewissen der CDU. Denn die bittere Wahrheit, dass wir die Bundestagswahlen 1998 auch aus eigenem Verschulden verloren haben, wird von so manchem verdrängt. Wenn die CDU nicht wieder die sozialpolitische Kompetenz zurückgewinnt, wird sie niemals die Mehrheit der Bevölkerung erreichen. Hier hat die CDA eine unverzichtbare Aufgabe.

Reiner Eppelmann wird als Ehrenvorsitzender der CDU uns weiterhin zur Verfügung stehen. Es ist gut, dass dieser Stafettenwechsel in Harmonie,

INHALT

Persönliche Eindrücke von der CDA-Bundestagung	
Von Jürgen Scharf	1
CDU führte Gespräche zur Mitbestimmung im Waggonbau Ammendorf	
Von Jürgen Scharf	3
"Zuschlag für Waggonbau Ammendorf"	
Volksstimme vom 2. Juni 2001	4
CDU-Fraktion informiert über Besuch im Waggonbau Ammendorf	5
Ablehnung der Neuregelung der Betriebsverfassung wird der CDU noch teuer zu stehen kommen.	
Jürgen Scharf	6
Reform der Betriebsverfassung war überfällig	
Von Uwe Bruchmüller	6
Wandel in der Familienpolitik?	
Von Lydia Dreyer	8
KOMBA aktuell zur Betriebsverfassung	
Übermittelt von Reiner Seifert	9
Kürzungen der Kommunalfinanzen geplant	
Von R. Seifert	9

und nicht wie in der CDU so oft üblich, unter Hinterlassung persönlicher Verletzungen erfolgte.

Die Vorstandswahlen waren dieses Mal außergewöhnlich spannend, da deutlich mehr Kandidaten Ansprüche anmeldeten, als freie Plätze zur Verfügung standen. Aus Sachsen-Anhalt wurden im ersten Wahlgang in den 25-köpfigen Bundesvorstand die Kollegin Monika Sturm (Stimmergebnis: 67 %) und Jürgen Scharf (56 %) gewählt. Damit sind wir als kleiner Landesverband überproportional stark vertreten. Eine gute Würdigung unserer bisherigen Arbeit, aber auch ein Auftrag an uns selber, den CDA-Landesverband Sachsen-Anhalt zu stärken.

Mit der CDA-Grundsatzerklärung „Erst der Mensch - dann der Markt“ setzt die CDA Zeichen. Dieses CDA-Grundsatzprogramm wird Richtschnur unseres Handelns für die nächsten Jahre sein. Es lohnt sich, in der Sozialen Ordnung sich hierüber genauer zu informieren.

Ausführliche Diskussionen mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz und der CDU-Bundesvorsitzenden Angela Merkel zeigten, dass es der Bundes-CDU nicht immer leicht fällt, die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der CDA aufzunehmen. Herr Merz reagierte nervös und teilweise gereizt. Hier muss er noch lernen, mit einem wichtigen Flügel der CDU zu kooperieren.

Bei unserer Bundesvorsitzenden, Frau Merkel, hatten wir dagegen eher den Eindruck, dass ihr sehr bewusst war, dass CDA-Forderungen in die Programmatik der CDU der „Wir-Gesellschaft“ Eingang finden müssen. Das gute Gespräch mit Frau Merkel soll fortgesetzt werden. Der Kontakt mit Friedrich Merz muss stabilisiert werden.

Wer Norbert Blüm zum alten Eisen rechnen will, der soll sich nicht täuschen, was dieser Mann für eine Spannkraft mitbringt, wie er noch immer mehrere hundert Menschen zu begeisterten Beifallstürmen anregen kann. Mit Blüm können wir auch weiterhin gut fahren. Seine Ansichten gehören keinesfalls in die Mottenkiste der CDU. „Erst der Mensch - dann der Markt“ – nur so können wir buchstabieren, was soziale Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit für uns heute heißt.

Es war ein guter Bundeskongress. Die CDA ist kampfbereit. Sie wird sich nicht vornehmlich mit sich selbst beschäftigen müssen. Die Weichen sind gut gestellt.

CDU führte Gespräche zur Mitbestimmung im Waggonbau Ammendorf

Von Jürgen Scharf, CDA-Landesvorsitzender



Statt endlich auch einen Teil des Länderfinanzausgleiches an die Kommunen weiterzuleiten, will der Finanzminister die Zuschüsse an die Kommunen um 400 Millionen Mark kürzen. Dies würde für viele Kommunen den finanziellen Kollaps bedeuten. Gleichzeitig werden den Kommunen immer mehr Aufgaben des Landes übertragen. Überschlägt man die 400 Millionen Mark bei ca. 2,5 Millionen Einwohnern im Land, bedeutet das, dass eine Stadt wie z.B. Wittenberg mit ca. 50.000 Einwohnern zukünftig acht Millionen Mark weniger an Zuschüssen erhält. Auch wenn die prozentualen Summen nach oben oder unten noch abweichen können, kann sich jeder vorstellen was diese Kürzung für freiwillige Aufgaben wie Sport, Jugend, Kultur oder Vereine - um nur einige zu nennen, bedeutet. Diese Summe überschreitet auch oftmals die kompletten Ausgaben für freiwillige Aufgaben. Können dann aber nicht mal mehr die Pflichtaufgaben erfüllt werden, droht Zwangsverwaltung und Gebührenanhebung.

Die Ankündigung, dass nicht alle Förderprogramme mehr vom Land kofinanziert werden können, ist wie eine Bankrotterklärung aufzufassen. Bis 1994 war Sachsen-Anhalt in etwa wirtschaftlich so stark wie Sachsen und Thüringen. Dementsprechend war auch die Arbeitslosenquote. Seit die PDS ab 1994 durch Tolerierung im Hintergrund mitregiert, ging es mit Sachsen-Anhalt abwärts. Wir sind das Schlusslicht der östlichen Länder und deutschlandweit. Eine Perspektive, dass es anders wird, ist nicht erkennbar.

Sinnvoll wäre es, wenn die beiden großen Volksparteien nach der Landtagswahl eine Koalition der Vernunft zur Sanierung des Landes bilden würden. Eine weitere Tolerierung oder gar Regierungsbeteiligung der PDS wäre das endgültige Aus für unser Land. Wie es ohne PDS-Beteiligung geht, zeigen Sachsen und Thüringen. Die stehen wirtschaftlich, sozial und arbeitsmarktpolitisch am Besten von den östlichen Ländern da.

Das Betriebsverfassungsgesetz hat eine lange Wirkungsgeschichte in Deutschland. Die letzte große Novellierung erfolgte im Jahr 1972. Da ist es kein Wunder, dass einige Bestimmungen an eine veränderte Arbeitswelt angepasst werden müssen. Nach Auffassung der CDU soll eine Novellierung mit Augenmaß und streng auf die betrieblichen Bedürfnisse zugeschnitten erfolgen. Auf Anregung des CDA-Kreisvorsitzenden Halle, Manfred Czock, und des CDA-Landesvorsitzenden Jürgen Scharf besuchten der CDU-Landesvorsitzende Prof. Dr. Böhmer, der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Bergner und die örtliche Landtagsabgeordnete Frau Liebrecht den Betriebsrat des Waggonbau Ammendorf in Halle. Die Gesprächsführung war sehr schnell, sehr konkret und zielgerichtet.

Für den Waggonbau Ammendorf hat sich das Betriebsverfassungsgesetz seit der Wende als eine wertvolle Grundlage für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Unternehmensführung und Betriebsrat erwiesen. Die Bewältigung der komplizierten Umstrukturierungsprozesse ist im Nachhinein ohne diese Mitbestimmungsrechte schier undenkbar. So ist es klar, dass ein Betriebsrat zum Wohle des Betriebes und nicht gegen den Betrieb arbeitet. Auch im DWA Ammendorf stellen sich neue Fragen der Mitbestimmung. So arbeitet auch dieser Betrieb im umfangreichen Maße mit Leiharbeitern. Es ist nicht einfach, diese Mitarbeiter, die zum Teil über ein Jahr im Betrieb arbeiten, in alle betrieblichen Informationswege fest einzubinden. Die neue Betriebsverfassung muss Wege finden, die Vertretungsrechte für Leiharbeiter unkompliziert zu regeln.

Fragen des Umweltschutzes spielen in der bisherigen Betriebsratsarbeit im Zusammenhang mit dem Arbeitsschutz bereits eine wichtige Rolle. Betriebsräte brauchen kein allgemeines umweltpolitisches Mandat. Jedoch wird die Frage der Mitbestimmung im „betrieblichen Umweltschutz“ durchaus als vernünftig erachtet.

Flächentarifverträge bilden einen wichtigen ordnungspolitischen Rahmen. Wie geht man aber mit Betrieben um, die aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten heraus nicht in der Lage sind, den vollen Tariflohn zu zahlen? Die auf den ersten Blick verlockende Vorstellung, die Lohnfindung auf die Betriebs Ebene zu verlagern, wurde von den Betriebsräten einmütig als nicht praktikabel zurückgewiesen. Vorstellbar ist lediglich, dass durch Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen über genau definierte Vorschriften einzelne Lohnbestandteile im Betrieb verhandelt werden können. Um Betriebsräte keinen Erpressungssituationen auszuliefern, ist es weiterhin unbedingt notwendig, dass diese Bestimmungen durch die Tarifpartner bestätigt werden müssen. Das notwendige Handwerkszeug ist also vorhanden. Der Änderung gesetzlicher

Bestimmungen bedarf es in dieser Frage nicht.

Unverständnis löste bei den Betriebsräten die Forderung der CDU aus, die beabsichtigten erweiterten Freistellungsmöglichkeiten für Betriebsräte abzulehnen. Eine verantwortliche Arbeit von Betriebsräten bedarf eines Mindestmaßes an Freistellungsmöglichkeiten. Hier darf nicht dogmatisch darüber verhandelt werden, ob eine Freistellung erst bei einer Betriebsgröße von 200 oder 300 Beschäftigten erfolgen solle. Viel wichtiger ist die Frage vernünftiger Teilfreistellungen, wie sie als Möglichkeit in vielen Betrieben schon jetzt genutzt wird. Teilfreistellungen ermöglichen ein flexibleres Eingehen auf die betrieblichen Belange und senken die Gefahr, dass langjährig arbeitende Betriebsräte ihre berufliche Qualifikation entwerten.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Perspektive des Standortes Ammendorf, der unter den ostdeutschen Standorten die höchste Wirtschaftlichkeit bei den wichtigsten Fertigungsschritten zur Herstellung moderner Fernzüge aufweist.

105 Fahrzeuge

Zuschlag für Waggonbau Halle

Halle (dpa). Die Zukunft des zur Bombardier Transportation gehörenden Waggonbau Halle-Ammendorf ist nach Angaben des Betriebsrats vorerst gesichert. Das Werk habe vom Konzern den Zuschlag für den Innenausbau von 105 Fahrzeugen bekommen, sagte der Betriebsratsvorsitzende des Ammendorfer Unternehmens, Reiner Knothe, gestern der Nachrichtenagentur dpa.

Der Rohbau der Neigetechnik-Fahrzeuge erfolge im Görplitzer Bombardier-Werk. Die Züge sind für die Deutsche Bahn AG bestimmt.

Volksstimme vom 2. Juni 2001

„Diese guten Voraussetzungen sollten sich auch in einem entsprechenden Auftragsvolumen niederschlagen. Es ist davon auszugehen, dass alle ostdeutschen Länder zugunsten ihrer Standorte Lobbyarbeit leisten. Da sollte unsere Landesregierung nicht zurückstehen. Die Landespolitik sollte insbesondere ihre Einflussmöglichkeit im Zusammenhang mit der anstehenden Vergabe von Aufträgen an Bombardier zugunsten von Ammendorf nutzen“, so der Fraktionsvorsitzende Bergner.

Die Diskussion zeigte, dass die betriebliche Mitbestimmung eine gute Grundlage für ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Unternehmen darstellt. Freilich sind Anpassungen an eine veränderte Arbeitswelt nötig. Diese müssen sich jedoch streng auf

» Aktuell

KOMBA-Gewerkschaft zum Betriebsverfassungsgesetz: "Ein Sieg der Demokratie"

Der Einsatz der KOMBA-Gewerkschaft gemeinsam mit dem DBB Beamtenbund und Tarifunion in den letzten Wochen hat sich gelohnt. In der heutigen Sitzung des Bundestages wandte sich die Mehrheit der Abgeordneten gegen eine Verankerung des Mehrheitswahlrechts im Betriebsverfassungsgesetz.

Mit zahlreichen Aktionen hatten sich die KOMBA-Gewerkschaft und der DBB gegen das Mehrheitswahlrecht und den damit verbundenen Demokratieverlust gewandt. Besonders die Betriebsrätekonferenz am 13. Mai 2001 in Berlin, an der über 600 Vertreter der KOMBA-Gewerkschaft teilnahmen, hatte die Gefahr der Machtkonzentration und einseitigen Interessenvertretung thematisiert und politische Diskussionen entfacht. KOMBA-Bundesvorsitzender Ossenkamp wörtlich, "Somit ist es schließlich als großer Erfolg zu werten, dass das Verhältniswahlrecht bestehen bleibt und eine ansonsten begrüßenswerte Reform des Betriebsverfassungsgesetzes jetzt in Kraft treten kann". Die Rechte der freien Listen oder der Betriebsratsminderheiten blieben gewahrt und die Vielfalt als tragende Säule der Demokratie und des inneren Friedens in den Betrieben erhalten.

Übermittelt von Reiner Seifert

dreht und kompliziert, zuletzt nicht mehr nachvollziehbar, denn es muss finanziert werden. Wo soll das Geld herkommen. Die Frage wurde natürlich schon beantwortet: Erhöhung der Steuern oder der Sozialbeiträge und bei wem? Und außerdem kommt das Geld auch von den Frauen, die zwar einen massiven Beitrag zur Erfüllung des Generationenvertrages geleistet haben, aber dessen Rentenansprüche aus diesem Grunde ja auch deshalb niedriger ausfallen!

Es geht um soziale Gerechtigkeit, passen wir auf!!!!

Kürzungen der Kommunalfinanzen geplant

Die meisten Fragen, die es heute zu lösen gilt, sind mit der Familie verbunden. Über die Wut vernachlässigter Familien, kann eine ganze Regierung stürzen. 1998 hat die CDU die Bundestagswahl nicht zu-

lich- sozialem Engagement für die Kandidatur zum Betriebsrat zu gewinnen. Nächstes Jahr sind Betriebsratswahlen- Packen wir es an!

letzt deshalb verloren, weil sie sich „immer mehr vom konkreten Leben der Menschen entfernt hatte“. Besonders spürbar ist das in einem Bereich geworden, „von dem jeder Mensch in der einen oder anderen Weise betroffen ist – in der Familie.

Erziehungsarbeit muss belohnt werden, damit der Bevölkerungsschwund gebremst wird. Weil es nicht genug Kinder gibt, so auch das Karlsruher Verfassungsgericht, funktioniert das Konzept der von Generation zu Generation weiter gereichten Verantwortung für die Schwachen und Alten nicht. Aber genau das ist die Absicherung durch Pflegeversicherung, Rentenversicherung und zum großen Teil der Krankenversicherung.

Und hier schließt sich der Kreis – die soziale Gerechtigkeit. Familiengeld, Erziehungsgehalt, Grundsicherung für Kinder. Das System gerät ins Wanken. Es gibt viele Vorschläge, wie der ausgebeuteten Familie endlich mehr Gerechtigkeit widerfahren soll. Und dann gibt es ganz konkrete Beispiele, dass es mit der sozialen Gerechtigkeit gar nicht so weit her ist. Zum Beispiel die nach 20 Jahren Diskussion errungene Pflegeversicherung. Wieso müssen Eltern, die Kinder erziehen für die Pflegeversicherung einzahlen, während Doppelverdiener ohne Kinder ihre Einkommensüberhänge verleben dürfen. Deshalb sollten Mütter und Väter, die Kinder auf- und erziehen und damit einen Beitrag für die nächste Generation leisten, von Beiträgen für die Generationenkasse zumindest teilweise befreit werden. Nach Artikel 6 des Grundgesetzes steht die Keimzelle der Gesellschaft unter dem Schutz des Staates.

Daraus könnte man logisch schließen, der Sozialstaat – ein Schnäppchen für Kinderreiche! Mitnichten – auch nicht, wenn Schmidt SPD, Gesundheitsministerin allen ernstes sagt, die Kinder seien doch allesamt Beitragsfrei mit versichert.

Und was ist mit dem Geld, was Familien zusätzlich netto in die Tasche fließt? – Es fehlt auf der anderen Seite den Sozialversicherungen. Ver-



Magdeburg,
24. Mai 2001
206 / 01

CDU sagt Waggonbaustandort Ammendorf Unterstützung zu Böhmer: Möglichkeiten der Landespolitik nutzen!

Vertreter der CDU Sachsen-Anhalts kamen am Mittwoch zu einer Aussprache mit den Mitgliedern des Betriebsrates des Waggonbaubetriebes der Bombardier Transportation in Halle-Ammendorf zusammen.

Der CDU-Landesvorsitzende Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, der CDA-Landesvorsitzende Jürgen Scharf und die Halleschen Abgeordneten Brunhilde Liebrecht und Dr. Christoph Bergner diskutierten mit den Betriebsräten über die anstehende Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes und seine Konsequenzen für ostdeutsche Industriebetriebe.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Perspektive des Standortes Ammendorf, der unter den ostdeutschen Standorten die höchste Wirtschaftlichkeit bei den wichtigsten Fertigungsschritten zur Herstellung moderner Fernzüge aufweist.

„Diese guten Voraussetzungen sollten sich auch in einem entsprechenden Auftragsvolumen niederschlagen. Es ist davon auszugehen, dass alle ostdeutschen Länder zugunsten ihrer Standorte Lobbyarbeit leisten. Da sollte unsere Landesregierung nicht zurückstehen. Die Landespolitik sollte insbesondere ihre Einflussmöglichkeit im Zusammenhang mit der anstehenden Vergabe von Aufträgen an Bombardier zugunsten von Ammendorf nutzen“, so der Fraktionsvorsitzende Bergner.

„Die Diskussion zeigte, dass die betriebliche Mitbestimmung eine gute Grundlage für ein partnerschaftliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Unternehmen darstellt. Freilich sind Anpassungen an eine veränderte Arbeitswelt nötig. Diese müssen sich jedoch streng auf die betrieblichen Belange beziehen und mit Augenmaß erfolgen.“

die betrieblichen Belange beziehen und mit Augenmaß erfolgen. Vertreter der CDU erlebten eine lehrreiche praktische Stunde in Fragen der betrieblichen Mitbestimmung, die gewiss über die Meinungsbildung in CDU-Gremien in die Haltung der CDU zu einer novellierten Betriebsverfassung einfließen wird.

Ablehnung der Neuregelung der Betriebsverfassung wird der CDU noch teuer zu stehen kommen.

Jürgen Scharf, MdL, CDA-Landesvorsitzender

17. Juli 2001

In Arbeitnehmerkreisen der CDU wird die Frage, ob das zuletzt 1972 gründlich reformierte Betriebsverfassungsgesetz nun geänderten Bedingungen der Arbeitswelt angepasst werden musste, eindeutig mit „ja“ beantwortet. Die CDU hat in der Opposition leider nicht die Gestaltungsmacht, aber sie hat doch die Pflicht einen vorgelegten Gesetzentwurf ernsthaft zu beraten. Als CDA-Landesvorsitzender muss ich das Gesamtergebnis für die CDU negativ bewerten. Rot-Grün legte einen Gesetzentwurf vor, der zu 90% mit uralten CDA Forderungen übereinstimmte. Die größten in der Tat nicht hinzunehmenden Knackpunkte waren:

- ein nicht vorgesehener Minderheitenschutz bei der Wahl der Betriebsräte und speziell des Betriebsausschusses,
- eine zu starre Quotenregelung um die Besetzung der Betriebsräte entsprechend des Geschlechteranteiles im Betrieb zu gewährleisten und
- überzogene Regelungen bei der betrieblichen Mitbestimmung im Umweltschutz-bereich.

Viele weitere Streitpunkte, wie zum Beispiel die Freistellungsregelungen sind aus CDA Sicht Ermessensfragen, die zumal für die gängigen Betriebsgrößen in den neuen Bundesländern nicht überbewertet werden dürfen.

Meine mehrfach aufgestellte Forderung die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möge nicht nur mit einem Entschließungsantrag, sondern mit einem eige-

Reform der Betriebsverfassung war überfällig

Von Uwe Bruchmüller, stellv. CDA-Landesvorsitzender

Modernisierung, Flexibilisierung und Globalisierung – Ja!

Mitbestimmung - Nein!so kurz gefasst könnte man die eine oder andere Stellungnahme zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes zusammenfassen. Ein rund 30 Jahre in der Form bestehendes Gesetz soll der Wirklichkeit in den Betrieben angepasst werden und es beginnt eine „Wirtschaftsuntergangsdiskussion“. Glaubt denn ernsthaft jemand daran, das Betriebsräte einen Betrieb in seiner Existenz gefährden? Gerade die Umstrukturierung der Wirtschaft in den neuen Ländern hat doch exemplarisch gezeigt, welchen positiven Einfluss Arbeitnehmervertretungen in schwierigen Prozessen haben können! Ohne verantwortungsvolle Betriebsräte wären es schlecht um den sozialen Frieden in Deutschland bestellt.

nen Gesetzentwurf in die Verhandlungen mit den regierungstragenden Fraktionen gehen, wurde nicht aufgegriffen. Im Laufe der Verhandlungen in den Bundestagsausschüssen, wurde wie unschwer vorauszu-sehen war, der Minderheitenschutz wieder eingeführt und die starre Quotenregelung abgeschafft. Es blieben zumindest für die CDA-Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kaum noch Ablehnungsgründe. Von daher ist das glatte „nein“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in meinen Augen umso unverständlicher.

Wir werden es nun nicht leicht haben, im Frühjahr des Jahres 2002, bei den Wahlen zu den Betriebsräten zu erklären, dass betriebliche Mitbestimmung der CDU eine Herzenssache ist. Da ist es umso wichtiger, dass alle CDA-Kollegen vor Ort und in der CDU klare Position beziehen.

Wandel in der Familienpolitik?

Von Lydia Dreyer

Tag für Tag beobachten und spüren wir die Veränderungen in den Betrieben. Das neue Gesetz wird in vielen Punkten dazu beitragen, moderne und anpassungsfähige Betriebsratsstrukturen zu schaffen. Ausgründungen, Spaltungen und Zusammenlegungen von Betrieben oder Betriebsteilen zwingen zum schnellen Handeln um eine entsprechende Mitbestimmung zu sichern. Wichtig ist nach meiner Auffassung auch die Vereinfachung des Wahlverfahrens in klein und mittelständischen Betrieben. Es spart Zeit und Kosten. Historisch anzusehen ist sicherlich die Aufgabe des Gruppenprinzips bei Arbeitern und Angestellten. Die Absenkung der Arbeitnehmergrenzzahlen zur Bestimmung der Betriebsratsgröße sowie die Erweiterung der Freistellungsmöglichkeiten für Betriebsratsmitglieder lässt eine bessere Aufgabenteilung innerhalb des Betriebsrates zu. Die erweiterte Mitbestimmung bei Qualifikation und Beschäftigungssicherung sind eine wichtige, auch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, zukunftsorientierte Aufgabe für Betriebsräte. Oftmals schon Praxis, nun zum selbstverständlichem Recht geworden. Die Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvetretung sowie das Recht auch im Betrieb gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen sind weitere Veränderungen im reformierten Gesetz.

Unabhängig von allen Änderungen im Gesetz erscheint es mir sehr wichtig, die notwendige Bereitschaft von Arbeitnehmern zu wecken, sich für das verantwortungsvolle Amt als Betriebsrat zur Verfügung zu stellen. Arbeitsverdichtung und Leistungsdruck (manchmal auch Repression) sind tendenzielle Ursache dafür, das dieses Ehrenamt, das auch immer zusätzliche persönliche Belastung bringt, nicht für jedermann interessant ist.

(Fortsetzung von S. 7)

Für uns CDA-Mitglieder ist sicherlich eine bedeutsame Aufgabe, Arbeitnehmer mit christ-